

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896

132 (18.3.1896) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagsblatt.

Mittwoch, 18. März.

Mittagsblatt.

N^o 132.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
 Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
 Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
 Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsru. Ztg.“ — gestattet.

1896.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 16. März d. J. gnädigst geruht, dem Ministerialrath im Ministerium des Innern, Dr. Richard Reinhard, die Stelle des Landeskommissärs für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg mit dem Wohnsitz in Freiburg zu übertragen, den dem Ministerium des Innern zur Dienstleistung beigegebenen Oberamtmann Dr. Eduard Nicolai zum Ministerialrath in diesem Ministerium zu ernennen, sowie die nachgenannten Amtsvorstände in gleicher Eigenschaft zu versetzen, und zwar den Geheimen Regierungsrath Ludwig Gaddum in Sinsheim nach Lörrach, den Geheimen Regierungsrath Adolf Föhrenbach in Offenburg nach Freiburg und den Oberamtmann Franz Keim in Eppingen nach Sinsheim.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Wie hoch ist die ländliche Bevölkerung Badens verschuldet?

II.

Um den Einfluß der geographischen Vertheilung der Amtsbezirke, der auf diese sich gründenden Bodenbewirtschaftung und der durch Bodenbeschaffenheit, Klima und Wirtschaftsweise bedingten sonstigen Verhältnisse (insbesondere auch der Erbrechtsverhältnisse) auf die Höhe der Real- und Personalkreditverschuldung klarzustellen, wurden die Amtsbezirke zu acht geographischen Bezirken zusammengefaßt und es hat sich danach folgendes Zahlenbild ergeben:

Geographische Bezirke.	Zahl aller landwirtschaftlichen Betriebe.	Verschuldung in Prozenten des geschätzten Vermögenswerths.			Auf 100 M. fiktives Einkommen entfallende Schuldsinsen.
		a. der rein landwirthsch. Bevölkerung.	b. der gemischten Betriebe.	Im Durchschnitt aller Betriebe.	
1 Pfalz und Kraichgau	25 554	12,0	20,9	16,0	6,3
2 Mittlere Rheinebene	32 626	12,4	22,7	17,2	6,7
3 Bauland	18 628	13,2	22,1	16,5	6,4
4 Untere Rheinebene	25 156	14,5	25,4	19,8	7,3
5 Obere Rheinebene	18 013	16,0	27,2	21,4	8,3
6 Kaiserstuhlgebiet	3 906	16,3	21,7	18,5	8,5
7 Oberrhein	8 867	17,1	30,8	23,7	9,2
8 Mittlerer und nördlicher Schwarzwald	21 049	19,5	36,2	26,6	10,7
9 Südlicher Schwarzwald	15 770	25,8	37,7	32,8	11,2
10 Donaugegend	10 692	31,2	32,8	32,1	11,4
11 Seegegend	14 214	32,9	40,3	36,7	13,9
	194 474				

Die Denkschrift fügt dieser Tabelle folgende Erläuterungen an:
 Die in der vorstehenden Tabelle mit den höchsten Verschuldungsziffern auftretenden vier letzten geographischen Bezirke mit 61 725 landwirtschaftlichen Betrieben aller Kategorien (unter 194 474 Betrieben überhaupt) fallen mit den Gegenden zusammen, in denen an vielen Orten die Erbfolge in der Form der Uebernahme des landwirtschaftlichen Anwesens durch ein Kind — unter Abfindung der Geschwister — erfolgt. Man geht daher wohl nicht fehl in der Annahme, daß die vergleichsweise höhere Verschuldung dieser geographischen Bezirke zu einem guten Theil auf die auf den übernommenen landwirtschaftlichen Anwesen lastenden Gleichstellungsgelder zurückzuführen ist. Beachtet man weiter, daß die Landwirtschaft des Schwarzwaldes infolge der Abwesenheit vieler Gemeinden von den Hauptabzweigen sowie wegen des chronischen Mangels an guten und zuverlässigen Arbeitskräften, aber auch, wenigstens was den südlichen Schwarzwald anlangt, wegen des Vorhandenseins ungünstiger Bodenverhältnisse mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ferner daß die Donau- und Seegegend als Gegenden vorherrschender Fruchtbaues seit Jahren mit dem Druck niedriger Ge-

treidpreise und schleppenden Absatzes der Getreidefrüchte zu rechnen haben, endlich daß ein Theil der Donau- und Seegegend eine Anzahl ausgesprochener Hagelorte aufweist, so muß die augenblickliche Lage eines erheblichen Theils der landwirtschaftlichen Bevölkerung dieser vier geographischen Bezirke, nämlich jenes Theiles, der eine über das mittlere nachgewiesene Verschuldungsprozent hinausgehende Verschuldung aufweist, als eine ungünstige angesehen werden.
 Diese nach der Höhe der Schuldenverbindlichkeiten theils ungünstig, theils minder günstig zu beurtheilenden vier geographischen Bezirke stehen gegenüber mit 132 749 landwirtschaftlichen Betrieben aller Kategorien, deren Schuldenverbindlichkeiten sich in mäßigeren, theilweise in auffallend mäßigen Grenzen bewegen, indem der Prozentsatz der Verschuldung (Real- und Personalkreditverschuldung) der rein landwirtschaftlichen Betriebe nur zwischen 12,0 Proz. und 17,1 Proz. des Vermögenswerths beträgt. Dieses ermittelte günstige Verschuldungsergebnis wird man zu einem guten Theil dem Umstand zuschreiben dürfen, daß in diesen Bezirken — das Bauland und der Oberrhein ausgenommen — eine große Vielseitigkeit der Anbauweise herrscht (Hauptgebiete des

Handelsgewächs-, Gemüse-, Reb-, Obstbaues neben gegendenweise stark vertretener Milchwirtschaft); zu einem anderen Theil wird das günstige Verschuldungsergebnis aber auch auf Rechnung des Vorhandenseins zahlreicher Industriezentren zu setzen sein, wodurch zahlreichen Angehörigen ländlicher Familien Gelegenheit zu Lohnarbeit und Arbeitsverdienst, d. h. zu einer werthvollen ökonomischen Entlastung des Familienhaushalts gegeben ist. Diese Betrachtungen treffen in ganz besonderem Maße für das Gebiet der Rheinebene und die einmündenden Seitenthäler zu. — Das in der Tabelle mit einem mittleren Prozentsatz der Verschuldung der rein landwirtschaftlichen Betriebe von 16,3 Proz. des Vermögenswerths an sechster Stelle erscheinende Kaiserstuhlgebiet darf besondere Aufmerksamkeit deshalb beanspruchen, weil dieses Gebiet in den achtziger Jahren allgemein als hoch verschuldet galt und weil die jetzt ermittelten Schuldsziffern darzuthun geeignet sind, daß eine verhältnismäßig nicht große Anzahl guter und mittlerer Weinbergsbäume ausreichen, selbst ein hohes Maß von Schuldverpflichtungen abzustößen. — Daß ausgesprochene Getreidebezirke wie der Pfalz- und Kraichgau und das Bauland sich eine verhältnismäßig niedrige Durchschnittverschuldung (12 bis 13 Proz. des Vermögenswerths) bewahrt, darf nicht ohne Grund zu einem Theil auf das hier vorherrschend geltende System der Naturaltheilung und den dadurch bedingten Wegfall lästiger Gleichstellungsverbindlichkeiten — im Gegensatz zu den südlichen Landestheilen (See- und Donaugegend) —, zu einem anderen Theil vielleicht aber auch auf die in der ländlichen Bevölkerung jener Landestheile in hohem Grade entwickelte Vorsicht in Bezug auf die Uebernahme neuer Kreditverbindlichkeiten zurückgeführt werden, während der mehr spekulative Geschäftssinn der Bewohner der See- und Donaugegend, der sich nicht selten gern auch in Grundstückspekulationen äußert, das Eingehen neuer Schuldenverbindlichkeiten offenbar etwas leichter zu nehmen scheint.

Nicht unerwähnt soll schließlich bleiben, daß die Entzifferung des Einkommensteuerkatasters das Vorhandensein einer zahlreichen Kapitalistenklasse gerade in den Reihen der rein landwirtschaftlichen Betriebe nachgewiesen hat. Unter den 86 489 rein landwirtschaftlichen Betrieben sind nämlich nicht weniger als 38 390, welche Zinsen- und Rentenbezüge in Höhe von 6,8 Millionen Mark fiktiv haben. Scheidet man schätzungsweise diejenigen Rentenbezüge aus, die auf Leibgebungsansprüche zurückzuführen sind, so verbleiben noch rund 5 Millionen Mark Zinsforderungen aus Kapitalbesitz, und zwar berechnet sich für die Betriebe

mit einem Einkommen	ein durchschnittl. Kapitalbesitz von M.
bis 1 000 M.	764
von 1 001 bis 1 500 M.	905
von 1 501 bis 2 000 M.	2 108
von 2 001 bis 3 000 M.	4 530
von 3 001 bis 5 000 M.	17 196

Jeuilleton.

Nachdruck verboten.

Großherzogliches Hoftheater.

Friedrich Haase's Gastspiel I.

„Sie ist wahrhaftig.“ „Eine Partie Plaque.“

Es ist ja wohl eine der vielen Pflichten des Theaterkritikers, bei einem Gastspiele wie demjenigen Friedrich Haase's ein für allemal seinen Standpunkt gegenüber den verschiedenartigen Kunstauffassungen und Kunstanschauungen festzustellen und für die Eigenart des Mannes, dessen künstlerische Arbeit gerade in letzter Zeit wieder vielfachen Erörterungen unterzogen wurde, das richtige Verständniß zu wecken. Auch unsere dramatische Kunst geht Seite an Seite mit unserer dramatischen Literatur einem Ziele entgegen, das sie mehr und mehr von den seitherigen Prinzipien entfernt und nach einer Auffassung hinweist, bei welcher Idealismus und Naturalismus gleichermaßen ihre Rechnung finden sollen. Daran trägt ja wohl auch Schuld der sozialpolitische Charakter unserer Zeit, die alle Erscheinungen in unserem geistigen Leben nur unter dem Schwiel ihrer allgemeinen Nützlichmachung betrachtet, und dem Leben und den Vorgängen auf der Bühne nur dann Werth und Bedeutung beigelegt wissen will, wenn sie sich mit dem realen Leben berühren. Man kann einer derartigen Auffassung von dem Zwecke des modernen Drama's ja ihre Berechtigung nicht absprechen; die unser ganzes geistiges und politisches Leben bewegenden Elemente, aus deren Gährung und scharfen Gegenüberstellung freilich sich erst noch die Klärung bilden muß, die uns schon so lange Prophezeit wird, drängen sich vor für ihr Kommen bis jetzt irgend ein Anzeichen hätten, drängen sich auch mit dem Rechte der stürmenden Jugend auf das Gebiet der Kunst und verlangen hier vor allen Dingen eine Sicherstellung, für welche wir freilich die Grundlage in einer Umformung unserer ganzen ästhetischen Bildung erst schaffen müssen. So rasch wie die Herren unseres „Jungen Deutschland“ — und ich gebrauche diese Bezeichnung hier für alle Pfaffen unserer geistigen und sozialen Entwicklung, — das wollen, geht diese Umwand-

lung nun freilich nicht, und sie wird namentlich nicht durch irgend eine radikale Gewaltmaßregel herbeigeführt. Alle Kulturerscheinungen erhalten nur dadurch Bestand und Dauer, daß in gleichmäßigem und consequentem Fortschritt das Alte in dem Neuen und das Neue in dem Alten aufsteht, und daß die daraus entstehenden Formen ihrerseits wiederum die Gewähr eines Anschlusses an neue Bildungselemente bieten. Dadurch ist keineswegs die Möglichkeit ausgeschlossen, daß irgend ein künstlerischer oder sozialer Begriff, werde er nun durch eine einzelne Persönlichkeit, oder durch eine Vereinigung repräsentiert, nicht auch mitten in die sem Wechsel der Dinge seine eigenartige Stellung behaupten und sich Geltung verschaffen könne, wenn diese Persönlichkeit oder diese Vereinigung nur den Stempel geistiger Originalität besitzt und Sorge dafür trägt, daß diese Originalität nicht zur ausdringlichen Effekthascherei oder zur haltlosen und lächerlichen Eitelkeit und Gefallsucht wird. Die Entwicklung der Dinge bringt es schon von selbst mit sich, daß derartige Originale immer seltener werden, und daß auch der größte Künstler nach und nach für seinen Ruhm und seine Größe keine bessere Grundlage zu finden weiß, als die Erkenntniß, daß ein Fortschreiten mit der Zeitströmung keineswegs eine Verleugnung seiner künstlerischen Individualität, sondern nur ein Zeugniß für die Lebenskraft seines Talents ist, weil ja eben die Lebenskraft sich niemals in starre Formen zwingen läßt, sondern in immer neuem Wechsel ihrer Erscheinung sich bethätigt.
 Legt man diesen Maßstab an Friedrich Haase's künstlerische Thätigkeit und vor allen Dingen an sein Repertoire an, so scheint da freilich nicht alles so ganz zu stimmen. Aber wenn er auch im modernsten Sinne des Wortes kein Künstler ist, im Sinne und in den Augen derer, die Achtung für und Ehrfurcht vor seiner einsamen Größe haben, ist und bleibt er doch ein solcher. Die dramatische Technik von heute ist freilich eine andere, als diejenige von Friedrich Haase, der Künstler arbeitet heute mehr mit breitem Pinselstrich und arbeitet mehr mit naturalistischen Mitteln auf den äußeren Effekt, auf die momentane Erschütterung hin, während ihm die minutiöse Kleinmalerei eine viel zu unbedeutende Aufgabe für sein Talent zu sein scheint. Dazu bedürfte er freilich vor allen Dingen einer Geduld und einer Zähig-

keit, die unserem heutigen Geschlecht gänzlich abhanden gekommen, und er bedürfte namentlich auch eines Publikums, das seine zierlichen Striche und die kraus verschönderten Ornamente, mit denen er seine dramatischen Bilder zu umrahmen pflegt, als Kunstwerke bewunderte, und sie nicht als künstlerische Marotten, will sagen Kunstleien, mit wohlwollender Herablassung betrachtete. Und es ist wahr, Friedrich Haase, der Meister dieser dramatischen Kleinmalerei, und unsere Zeit verstehen einander nicht mehr so recht. Wer aber trägt die meiste Schuld an diesem Schicksal? Der Künstler, der in richtiger Erkenntniß der Grenzen seines Talents, dieses nicht zu Genalleistungen forciren, oder das Publikum, das diese Eigenart heute nicht mehr als zeitgemäß anerkennen will? Ja, was ist denn zeitgemäß? Ich denke doch alles das, was den Stempel einer in sich geschlossenen Individualität trägt, und ich denke, doch alles, was den Wuth hat, diese Individualität zur Geltung und zu künstlerischer Werthung zu bringen. Ich denke, von diesem Standpunkt aus, der sich un schwer mit den oben ausgesprochenen Anschauungen vereinigen läßt, erscheint uns auch die Kunst eines Friedrich Haase, auch wenn sie nicht ein de siecle ist, einer eingehenden Würdigung werth, und der ihm oft gemachte Vorwurf, daß sein Repertoire ein veraltetes und eben nur auf seine Paraderollen zurechtgeschneitten sei, verliert in solcher Beleuchtung jede Berechtigung. So kann es denn auch gar nicht Sache der Kritik sein, mit ihm über die Auswahl seiner Stücke, zu rechten; sind sie literarische Kuriositäten — gut, so nehme man sie als solche und anerkenne mit Bewunderung, was ein Künstler aus denselben zu machen vermag. Und ein solcher steht vor uns in des Wortes edelstem und schönstem Sinn. Friedrich Haase ist als Mensch und als Künstler eine ernste und vornehme Natur durch und durch, es steht in ihm etwas von der Courtosie unserer Urgroßeltern, ein kleiner Zug lebenswürdiger Behartheit führt den Gesamteindruck von man von ihm hat, in fetter Weise. Ohne diese Behartheit wäre er ja auch nicht was er ist, der Künstler, bei dem jedes Fuderhüßchen und jedes Quästchen seinen Platz, bei dem jedes Faden in den Nerven und jeder Schritt seine wohlüberlegte Berechtigung hat, der aber eben in dieser Beschränktheit eine solche Mannigfaltigkeit lebenswürdiger Eigenschaften

Die Ziffern führen, wie die Denkschrift meint, in be-
redter Sprache den Beweis, daß der Sparfynn in weiten
Kreisen der ländlichen Bevölkerung unseres
Landes in erfreulicher Weise entwickelt und daß
es einem erheblichen Theil der ländlichen Bevölkerung,
und gerade auch den untersten Stufen derselben gelungen
ist, sich im Besitz ihres Kapitalvermögens, ungeachtet der
wenig günstigen Allgemeinbedingungen, unter denen das
landwirtschaftliche Gewerbe zur Zeit arbeitet, zu be-
haupten.

Aus dem Vatikan.

Z Rom, 15. März.

Daß man dem Ministerium Crispi im Vatikan keine
Tränen nachweint, ist begreiflich. Die Beziehungen des Mi-
nisterpräsidenten selbst zur Kurie entsprachen seinem Tempera-
ment. Es fehlte denselben an einer festen und folgerichtigen
Direktion. Es war ein stetes Hin- und Herzweilen zwischen
Demonstrationen eines gewissen Wohlwollens und Akten aus-
gesprochenen Feindseligkeit. Man wußte im Vatikan recht
gut, daß in der Politik Crispi's ein Waffenstillstand häufig
nur die Einleitung zu neuen Kämpfen war. Zuletzt war eine
Art von Kriegszustand eingetreten. Seit mehreren Monaten
verweigerte das Ministerium etwa 20 Bischöfen das Exequatur
mit einer Hartnäckigkeit, die nur in dem Bestreben ihre
Erklärung findet, sich an der Kurie dafür zu rächen, daß der
Besuch des Königs von Portugal in Rom unterblieb, obwohl
in dieser Frage der Heilige Stuhl nur eine ganz passive Rolle
gespielt hatte. Eine große Freude wird man allerdings auch
an dem Cabinet Rudini nicht haben. Insbesondere ist im
Vatikan der Herzog von Sermoneta nicht gut angesehen,
den man als einen unerschütterlichen Vertreter der „capitale
intangibile“ kennt und dem man seine Haltung bei Erich-
tung des Denkmals für Giordano Bruno nicht verzeiht. Aber
immerhin hat das letzte Ministerium Rudini (1892) seine zu
unangenehmen Erinnerungen zurückgelassen. Man kennt das
ruhige Temperament, die billigende und gemessene Sinnes-
art des neuen Ministerpräsidenten und rechnet darauf, daß er
an einem Grundsatz festhalten wird, der eigentlich jede Politik,
um so mehr jene gegenüber der Kurie leiten sollte; *quieta
non movere*.

Es bestätigt sich, daß das ursprünglich für Ostern anbe-
raumte Konfitorium erst im Juni stattfinden wird. Vor-
ausichtlich wird der Papst den Prälaten, welche die vier
großen Kuriatüren inne haben, den Purpur, verleihen und da-
mit ihnen vorher ihre Nachfolger designirt sein. Leo XIII. läßt
sich zu solchen folgenschweren Entschlüssen gerne Zeit. Außer
den vier Kuriatüren wird — wie man als sicher annimmt —
auch der Erzbischof von Gnesen und Posen, Stablawsky, zum
Kardinal ernannt werden. Man will durch diese Ernennung
gleichzeitig dem Deutschen Kaiser und den Polen eine Artig-
keit erweisen.

Die Abberufung des noch immer beurlaubten Botscha-
fers der französischen Republik, Lefebvre de Be-
haine, scheint nun ganz sicher zu sein und man bezeichnet
als seinen Nachfolger den Seinepräfect Poubelle. Der Va-
tikan wird von dieser Ernennung nicht entzückt sein, aber man
darf von Herrn Bourgeois nichts Besseres erwarten und ist
schon zufrieden, wenn die Botschaft nur überhaupt wieder be-
setzt wird. Der Papst wird sich nach und nach daran ge-
wöhnen haben, die vielen der Republik geleisteten Dienste durch
Lobreden zu belohnen.

Der Tod des Kardinals Mauri, Erzbischof von Fer-
rara, hat den Papst sehr betrübt. Mauri war einer der her-
vorragendsten Kirchenhistoriker Italiens. Er ist der 110.
Kardinal, der während Leo's XIII. Pontifikat gestorben ist.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

Berlin, 17. März.

Abg. Dr. v. Cuny (nat.-lib.) führt aus, die Einnahmen
der Deutschen Kolonialgesellschaft würden noch bedeutend durch
die Ausgaben übertroffen. Man müsse aber in Erwägung
ziehen, daß die Syndikate vielfach zu Vorherrschaften und Dar-
lehen an Anseher durch die Verhältnisse genötigt würden.
Nur mit Rücksicht auf zukünftige Erfolge habe die Kolonial-
gesellschaft auch in einzelnen Landstrichen sogenannte Heim-
stätten für längere Zeit kostenlos an Ansiedler überwiesen.

Abg. Arnim (kons.): Er müsse doch in einigen Punkten
dem Abg. Veibel entgegengetreten und sei erstaunt, daß der Abg.
Hammacher in seinen Anschauungen sich heute von ihm so
weit entferne. Wünschenswerth sei allerdings, wenn kein eng-
lisches Kapital in den Kolonien, sondern nur deutsches arbeite.
Eigenthümlich sei jedenfalls die Meinung Veibels, daß die Ko-
lonialgesellschaft von den Guanlagern keine Ahnung gehabt habe.

zeigt, daß wir uns an dem Bild, das er uns bietet, nicht satt
sehen können.

Friedrich Haase hatte als erste seiner Gastrollen den Sir
Darleigh in dem französischen Sensationsstück „Sie ist wahr-
scheinlich“ und den Chevalier von Rocheferrier in Fournier's an-
ziehender Plauderei „Eine Partie Piquet“ gewählt. Beide Stücke
sind ja bekannt, man weiß, daß er gerade diese beiden Rollen
seit Jahren mit Vorliebe gespielt, und man bewundert immer
wieder das Raffinement seiner dramatischen Technik, den graffen
Realismus in der Rolle des durch Eifersucht wahninnig ge-
wordenen Lords und die Galanterie des lebenswürdigen Che-
valiers. Man muß bei Haase immer zugleich sehen und hören,
denn das kleinste Wort und die kleinste Geste ist bei ihm
wohlberechnetes Spiel, und es ist eben seine Kunst, aus dieser
Wohlfühl ein einheitliches Bild zu machen. Der Wechsel zwischen
Wahnsinn und Verstand in seinem Lord Darleigh ist ein Meister-
stück, über dem man die, gerade herausgesagte, Banalität des
Stücker selbst vergißt, und imsonderheit der zweite Akt mußte
durch die Tiefe und Wahrheit des Spieles ergreifen. So fangte
denn auch das zahlreich erschienene Publikum nicht mit stürmi-
chem Beifall bei beiden Stücken, in denen natürlich auch die
Mitglieder unseres Hoftheaters dem berühmten Gast zu Ehren
ihre Besten boten. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog
und die Großherzogin wohnten der Vorstellung vom Beginn
bis zum Schluß bei. Th. E.

Die Anlagen zur Beschaffung von Wasser seien auch nicht so
kostspielig, wie Veibel meint. Vorläufig werde er noch für
die Kolonialprojekte stimmen.

Ministerialdirektor Dr. Kaiser: Abg. Veibel hat gesagt,
die Regierung habe den Siedelungsgesellschaften bedeutendes
Terrain kostenlos überlassen. Dagegen muß ich bemerken, daß
die Gesellschaft im Gegentheil zu dauernden Abgaben an die
Regierung verpflichtet ist.

Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) weist den Vorwurf
Arnim's zurück, daß er in der Kommission einen anderen
Standpunkt vertreten habe, wie heute.

Abg. Veibel (Soz.) wendet sich noch einmal gegen den
Grafen Arnim und wiederholt seinen Wunsch, im Reichstage
Interessenten von der Theilnahme an der Debatte auszuschließen.
Die Wasserbaueinrichtungen würden sich aber nicht, wie Abg. Arnim
meint, auf 20 000 M., sondern mindestens auf 100 000 M.
beziffern, und da man solche Ausgaben nicht Denjenigen, die
sich in den Kolonien ansiedeln, zumuthen könne, würde die
Summe aus der Reichsschatulle fließen müssen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Arnim
wird der Rest dieses Etats genehmigt. Es folgt der Marine-
Etat.

Beim Kapitel »Seeforge und Garnisonschulen« beantragt
Abg. Lingens (Centr.), die verbündeten Regierungen zu er-
suchen, im nächstjährigen Etat die Stellen der katholischen
Marine-Pfarrer dem wirklichen Bedürfnisse entsprechend zu
vermehrern und die dadurch entstehende Mehrforderung im
Etat einzufüllen.

Staatssekretär im Reichsmarineamt Hollmann sichert
seitens der Regierung das größte Wohlwollen zu.

Der Antrag Lingens wird angenommen und die Kapitel 50
bis 64, »Fortdauernde Ausgaben« genehmigt.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr ver-
zagt; außerdem stehen auf der Tagesordnung: Zölle und Ver-
brauchssteuern. Schluß: 5 Uhr.

Badischer Landtag.

63. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Montag den 16. März 1896.

(Ausführlicher Bericht.)

(Schluß.)

Geh. Legationsrath Bittel: Die niedrigeren Frachtsätze, die
thatsächlich im Verkehr mit Basel und andern badisch-schwei-
zerischen Grenzstationen gelten, sind Kampstarife, die erforder-
lich sind, um gegenüber den Tarifzügen von den Hafenplätzen
Marcielle und Genoa und der Route Antwerpen—Bettingen—
Basel im Getreideverkehr nach der Schweiz Konkurrenz zu
können. Das Aufheben dieser Sätze würde bewirken, daß der
Getreidetransport in die Schweiz unserer badischen Bahnen
entgegen und andern Routen, insbesondere den elbsächsischen
Bahnhinien zufallen würde. Eine Benachteiligung badischer
Landbestände findet hierdurch nicht statt, weil die ermäßigten
Baseler Tarifsätze auch auf die vorliegenden südbadischen Sta-
tionen bis unterhalb Freiburg übertragen sind. Allgemein
den kilometerweisen Getreidefrachtsatz auf die Höhe des Baseler
Ausnahmestarfes herabzusetzen, würde von einschneidender Be-
deutung und kaum im Interesse der badischen Landwirtschaft
sein, die dann nur unter der erhöhten Konkurrenz von Mann-
heim aus zu leiden hätte. Was das auch in der Debatte
berührte Verhältnis der Tarife für Getreide- und Mühlen-
fabrikate betreffe, so sei die Klage, daß hier kein Unterschied
bestehe, eine alte, und eine Aenderung sei schon früher und
öfters angeregt, aber stets als unzumuthig befunden worden.
Auch im Gesamtdeutschland sei die Frage schon Gegenstand
von Erwägungen gewesen, die aber alle ein negatives Resultat
gehabt hätten. Wollte man eine Aenderung herbeiführen, so
wäre zunächst nöthig, die Mühlenfabrikate, welche, wie das
Getreide in dem deutschen Eisenbahngütertarif, in dem Spe-
zialtarif I eingereiht seien, hier auszuscheiden, um dieselben
dann mit einem höheren Satz in die allgemeine Waarenklasse
aufzunehmen. Hierzu bedürfe es aber der Zustimmung der
Mehrheit der deutschen Eisenbahnverwaltungen und Regierungen,
die nach den über diese Angelegenheit schon mehrfach geplog-
enen Erhebungen, sowie im Hinblick auf die entgegenstehenden
Interessen Norddeutschlands, nicht zu erwarten sei. In diesem
Sinne sei bezüglich auch die bezügliche Anfrage in der Inter-
pellation beantwortet worden.

Abg. v. Stadthorn ist im Allgemeinen mit den Wünschen
der Interpellanten einverstanden. Das wirtschaftliche Programm
seiner Partei bezwecke den Schutz der nationalen Arbeit, den
Schutz des wirtschaftlich Schwachen und insbesondere des
Mittelstandes, worin auch das besondere Eintreten seiner
Partei für die Landwirtschaft seinen Grund habe. Wenn die
Landwirtschaft sich heute in einer Nothlage befände, so könne
nicht die Annahme unterdrückt werden, daß der Staat seinen
Beistand verspätet geleistet. Erstaunt hätten ihn die Aus-
führungen des Abg. Fieser, der die Sache für nicht so schlimm
halte, und diese Vermuthung auf die relativ gefunden land-
wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk Eppingen gründe.
Sollte denn eine allgemeine Verschuldung abgewartet werden,
bis die helfende Hand angelegt wird? Wenn man nun nach
den Gründen der Verschuldung frage, so ergebe sich als der
erste der durch die Handelsverträge hervorgerufene Rückgang
der Getreidepreise. Redner spricht sodann über die Handels-
verträge und über das Wesen und Treiben an der Börse,
deren schädigenden Einfluß auf das wirtschaftliche Leben der
weitesten Bevölkerungskreise er näher darlegt.

Abg. Schüller kann sich mit der Erklärung des Herrn
Ministers über die Bauernvereine zufrieden erklären. Wenn
von den Mitgliedern der Bauernvereine den behördlichen Vor-
schlägen bisweilen etwas Mißtrauen entgegengebracht werde,
so habe dies in den heftigen Angriffen seinen Grund, denen
der Verein und insbesondere auch er als einer der Leiter des-
selben schon ausgesetzt waren. Er könne aber nur wiederholt
erklären, daß diese Opposition eine durchaus ungerechtfertigte
sei, da der Bauernverein keine Politik treibe, sondern nur
landwirtschaftlichen Interessen diene. Er verleihe deshalb
auch nicht, warum einige Aemter die Bauernvereine geradezu

überwachen und Erhebungen über ihre Thätigkeit und Mit-
gliederzahl anstellen. Redner polemisiert sodann noch gegen
Auslassungen der Abgg. Blankenhorn und Haug.

Abg. Muser: Er habe erwartet, daß seine Ausführungen
auf Widerspruch stoßen werden. Wenn man ihm aber auf
Grund seiner Broschüre keinen anderen Vorwurf machen könne,
als seine Ausführungen über den künstlichen Dünger, so könnte
er zufrieden sein. Die Angriffe des Abg. Fieser seien ergötzlich
und man müsse glauben, daß derselbe seine Broschüre nicht
gelesen oder nicht verstanden habe, wenn er ihn als Anhänger
des Manchesterthums, welches die Demokraten geradezu am
meisten bekämpfen, hingestellt habe. Fieser habe ihnen das
Recht abgesprochen, von deutschem Export und Import zu
reden, da sie ja Feinde der Kolonien seien. Sie ständen in
der Frage der Kolonialpolitik auf dem Standpunkt, den Fürst
Bismarck in seinem Programm von 1884 angenommen habe;
sie wollten keine Eroberungspolitik. Der weitere Vorwurf,
Fieser's, sie seien unbedingte Freihändler, werde durch die
Broschüre selbst widerlegt und Fieser beweiße auch hierdurch,
daß er die Broschüre nicht gelesen habe; aus der Broschüre
gehe gerade das Gegentheil hervor. Der Zünftmarzoll sei aus
anderen Motiven bewilligt worden, als die Abg. Wittmer und
Blankenhorn angegeben.

Ein begeisterter Anhänger der Handelsverträge, wie
Abg. Blankenhorn bemerkt, sei er nicht, wohl aber halte er
die Handelsvertragspolitik von großem Werth. Er bleibe
auf der Behauptung stehen, die auch nicht widerlegt sei, daß
Deutschland auf das ausländische Getreide angewiesen ist.
Fieser habe ihm ferner entgegengesetzt, er (Redner) wolle den
Körnerbau vollständig austrotten; das falle ihm gar nicht ein,
er sei nur der Ansicht, die Getreidebauern müßten sich den
Weltmarktverhältnissen anpassen; je früher man sie hierauf
aufmerksam mache, desto besser für sie. Die internationale
Arbeitsteilung werde dahin führen, daß uns geeigneter Ertrag
für die Minderung des Getreidebaues in anderen Erwerbs-
zweigen erwachsen werde. Und dann wäre es eine Sisyphus-
arbeit, immer nur diesen Zweig wieder füllen und empor-
bringen zu wollen. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen
hätten die Redner der anderen Seite nicht berührt, daß eine
Besserung der Zustände beim Kleinbauern und kleinen Gewer-
betreibenden nur eintreten werde, wenn eine Entlastung von
direkten und indirekten Steuern, welche durch die Militärlasten
in dieser Höhe hervorgerufen seien, eintreten werde. Als
Mittel zur Besserung der Landwirtschaft sehe er an: steuer-
liche Entlastung, bessere Vorbildung und Instruction über
Genossenschaftswesen, das noch lange nicht genügend bekannt
sei, und, wo die Selbsthilfe der Landwirthe nicht ausreiche,
staatliches Eingreifen.

Abg. Koelle wendet sich gegen die Aeußerungen v. Stad-
thorn's, und verwahrt sich dagegen, daß die von v. Stad-
thorn erwähnten Papiere den Leuten aufgeschwätzt worden
seien. Es sei festgestellt, daß Deutschland an ausländischen
Papieren gewonnen habe. Den Vorwurf ferner, die Presse
sei für Vorkensungen käuflich, müsse er zurückweisen. Von
verschiedenen Rednern sei hervorgehoben worden, nur das
Differenzgeschäft solle aufgehoben und verboten werden. Er
weise abermals darauf hin, daß das solide Versicherungsgeschäft
und das Differenzgeschäft in dem Moment, wo es abgeschlossen
wird, nicht als solches zu erkennen und zu unterscheiden ist.
Er gebe zu, daß das Differenzgeschäft verwerflich und daß es
gut sei dieses zu verbieten; man habe sich deshalb darüber
den Kopf zerbrochen, wie man das Differenzgeschäft entfernen
könne, ohne damit auch zugleich das solide nöthige und nüt-
zliche Termingeschäft zu treffen. Da dies unmöglich, sei im
Vorkensentwurf von derartiger Betonung Abstand genom-
men worden, und die Kommission habe lediglich mangels Ver-
ständnisses ihre Vorschläge gemacht, da sie aus wenig Sach-
verständigen bestünde und den Vorfall ein General führe.

Auch er erkenne den Nothstand der Landwirtschaft an,
aber er sei der Meinung, daß ihr geholfen werden müsse,
ohne daß andere Gewerbezweige dadurch geschädigt würden.

Abg. Geldreich: Von der Antwort der Großh. Regierung
auf die Interpellation sei er befriedigt, besonders soweit sie
die Förderung der Abtaggenossenschaften betreffe. Den höchsten
Werth lege er in dieser Frage darauf, daß die Genossenschaften
dem Landwirth Vortheile geben. Das landwirthschaftliche
Budget sei reichlich ausgestattet, wenn man von demselben ausgie-
bigeren Gebrauch machen werde, werde eine Förderung ein-
treten. Redner wünscht, daß der Staat die Kosten des zweiten
landwirthschaftlichen Lehrers, welcher durch Errichtung eines
Doppelcurfes an der Kreiswirthschule nöthig geworden sei,
übernehmen solle. Bei den Staatsprämierungen bedienten sich
die Kommissäre gegen die Landwirthe oft allzugroßer Kritik
über ihre Thiere, was die Leute verwirre und abschrecke.

Vizepräsident Land unterbrach den Redner mit der Bitte,
sich kurz zu fassen, eventuell diese Gegenstände in der Spezial-
beratung vorzubringen.

Abg. Geldreich fortfahrend: Gegen die Maßregel des Re-
benpreises wehrten sich leider noch manche Rebbesitzer. Man
sollte vor Erlassung der durch die Verordnung vom 7. De-
zember den Bezirksämtern anheimgegebene bezirkspolizeiliche
Vorschrift nicht nur den Landwirthschaftslehrer und den Vor-
sitzenden der Rebbeobachtungskommission, sondern auch den
Gemeinderath hören. Benachbarte Bezirksämter sollten bei
dieser Anordnung Hand in Hand gehen. Er bitte die Großh.
Regierung dahin zu wirken.

Abg. Wittmer wendet sich gegen den Abg. Kopf, der die
Hercingziehung des Antrages Kaniz als agitatorisch bezeichnet
habe. Eine Trennung von Differenzgeschäft und Versicherung-
geschäft sei ja schwer, aber man sollte den Termingeschäft
auf Getreide ganz verbieten. Er glaube erwiesen zu haben, daß
Deutschland seinen Bedarf an Getreide selbst produzieren könne.
Muser sollte sich doch darüber freuen, daß die nationalliberale
Partei ein einheitliches wirtschaftliches Programm nicht habe,
er könne ja, wenn er dies so unumgänglich nöthig hielte, für
seine Partei Kapital daraus schlagen. Wenn man den Schlus-
satz der Muser'schen Broschüre lese, so könne man Muser mit
Recht 90 manchesterliche Bestrebungen vorwerfen. Wenn Fieser
behauptet habe, die Verschuldung des Grundbesitzes des Eppingen

Bezirks betrage nur 7 Prozent, und könnten wir deshalb von keiner Nothlage reden, so möchte er dem nur insofern zustimmen, daß eine Besserung hier weniger ausgeschlossen sei, wenn die Mittel zur Hebung der Landwirtschaft andere würden als anderswo, wo schon nicht mehr zu helfen sei. Aber eine Besserung von selbst sei nicht zu erwarten. Redner kommt sodann nochmals auf den Antrag Kaniz zurück und verteidigt dessen Vereinigung in die Debatte.

Vizepräsident Land erklärt hierauf, nachdem die übrigen noch vorgemerkten Redner auf das Wort verzichtet hätten, schließt er die Generaldiskussion und erteilt dem Begründer der Interpellation das Schlusswort.

Abg. Klein: Ihre Vorschläge unterscheiden sich dadurch von denen Müller's, daß sie praktische und raschere realisierbare Hilfe für die Landwirtschaft erstrecken als die theoretischen Müller's. Abg. Fieser habe nicht das Wohlwollen wie sonst der Landwirtschaft entgegengebracht, und mache ihm den Eindruck, als ob Fieser Wasser in den Wein derer habe gießen wollen, welche für die Landwirtschaft etwas wärmer eingetreten sind. Leider habe auch in der Frage des Termingeschäfts der Abg. Fieser sich auf Seite der Abgg. Koelle und Labenburg gestellt. Frank habe nicht für den Antrag Kaniz, wohl aber für den diesem nahe stehenden Antrag Frege gestimmt, und deshalb keinen Grund gehabt, ihm und Wittmer Vorwürfe zu machen.

Er freue sich, wenn der Landwirtschaftliche Verein und der Bauernverein in wirtschaftlichen Fragen Hand in Hand gehen. Abg. Schüler habe hervorgehoben, daß der Bauernverein kein »politischer« Verein sei. Aber merkwürdiger Weise heiße es im Vereinsorgan nicht: die und die Gemeinde sei beigetreten, sondern die und die »Parrei«. Sodann bitte er Schüler, daß er als einflussreicher Mann im Verein dahin wirke, daß die Angriffe dieses Vereinsblattes gegen die Anordnungen und Verfügungen der Regierung, so bezüglich der Vieh-, der Hagelversicherung, der Konsumvereine künftig unterbleiben. Die Antwort der Interpellation befriedige ihn nicht ganz; so bezüglich des Börsengesetzes. Die Zusage der gemischten Transfittager sei wenigstens nicht unbefriedigend.

Berichterstattet Abg. Frank: Er wolle nur auf einen Punkt zurückkommen, die Stellung zum Börsengesetz. Nachdem die berufenen Vertreter der Börse und der Führer der nationalliberalen Partei Stellung genommen, wolle er der Regierung noch besonders ans Herz legen, bei der Abstimmung im Bundesrat die Ansicht der Mehrheit des Hauses zum Ausdruck zu bringen.

Vizepräsident Land schließt hierauf kurz vor 8 Uhr die Sitzung.

Nächste Sitzung Dienstag Vormittag 9 Uhr.

Die englische Expedition nach Dongola.

(Telegramme.)

* London, 17. März. (Unterhaus.) Curzon erklärt, daß ein Meinungsaustrausch stattfand, zwischen dem Botschafter Ferrero und der englischen Regierung über den Vormarsch der Ägypter, und zwischen der italienischen Regierung und dem Botschafter Ford. Die italienische Regierung erklärte, sie würde mit Vergnügen Schritte der englischen Regierung zum Vormarsch in der Richtung Dongola sehen, die nichts anderes als vorteilhaft für die Stellung der italienischen Truppen bei Kassala sein können. Versprechungen hinsichtlich Hilfe wurden nicht gegeben. Bei dem jetzigen Stande der Dinge könne der Schriftwechsel nicht veröffentlicht werden. Die englische Regierung sei nicht von der Regierung des Kongostaates über die Errichtung oder die Zurückziehung der Posten der dem Kongostaate durch das Abkommen von 1894 verpachteten Gebiete benachrichtigt worden. Das Gerücht über die Abtretung Lapas an Deutschland sei unbegründet. Das Gerücht sei wahrscheinlich durch die seitens Chinas erfolgte Ernennung eines Kommissars deutscher Nationalität, in Zusammenhang mit dem auf Lapa errichteten neuen Zollhafen entstanden.

* Kairo, 17. März. Reuter-Meldung. Die ägyptischen Militärbehörden vervollständigen schnell ihre Vorbereitungen zu dem demnächstigen Vormarsch der Expedition von Bahigahala. Die Heranschaffung der Proviantierung und die Zusammenziehung der Truppen bei Bahigahala beanspruchen indes 3-4 Wochen. Den Oberbefehl über die Expedition führt Kitener, der Oberkommandant der ägyptischen Armee. Slatin-Pascha begleitet die Expedition.

Die italienischen Friedensverhandlungen.

(Telegramme.)

* Rom, 17. März. Deputiertenkammer. In der Erklärung, welche Ministerpräsident Rudini heute in der Kammer abgab, wird zunächst der unglücklichen aber tapferen, ohne jede Vorbereitung zur Schlacht geführten Armee in Afrika ein vertrauens- und hoffnungsvoller Gruß übermittelt. Dann heißt es in der Erklärung weiter: Das vorige Kabinett habe nach der Schlacht vom 1. März erstens dem General Baldissera volle Freiheit gelassen, alle Maßregeln zu treffen, welche die Lage erheische, einschließend der Aufgabe von Adigrat und Kassala, und zweitens am 8. März den General Baldissera angewiesen, über den Frieden unter den günstigsten Bedingungen zu unterhandeln. General Baldissera habe telegraphisch, daß er die zweite noch nicht abgegangene Hälfte der Verstärkung nicht benötige. Das jetzige Kabinett werde die Friedensverhandlungen mit Besonnenheit und Würde fortsetzen. Das Kabinett glaube, daß es weitaus vorzuziehen sei, anstatt einen Vertrag abzuschließen, eine thatsächlich den italienischen Interessen entsprechende Sachlage zu schaffen. Inzwischen würden die Feindseligkeiten fortgesetzt werden. Das Kabinett werde niemals eine Ausdehnungspolitik treiben.

Die Regierung wolle die Eroberung von Eigré nicht.

Wenn die Ereignisse uns dahin führen sollten, einen Friedensvertrag festzusetzen, würden wir keineswegs in denselben die Bedingung aufnehmen wollen, daß wir das Protektorat über Abyssinien beanspruchen. Der Ministerpräsident verlangte ferner einen Kredit von 140 Millionen Lire durch Aufnahme einer Anleihe im Inlande, deren Verzinsung nur zu einem sehr geringen Theile das Budget des laufenden Finanzjahres belasten würde. Redner ruft die Einigkeit der Kammern an: Wir werden, so schloß der Ministerpräsident, in der auswärtigen Politik, wie bisher, das weise Verhalten befolgen, welches uns diejenigen freundschaftlichen Beziehungen und Bündnisse verschafft hat, die wir unerschüttert und treu bewahren werden.

Wir bitten nicht um Ihr Vertrauen, wir werden uns bestreben, dasselbe zu verdienen.

* Rom, 17. März. Deputiertenkammer. Die Tribünen der Kammer sind überfüllt. Die Kammer selbst ist ziemlich besetzt, auf der Straße vor der Kammer hatten sich nur wenige Personen eingefunden. De Felice und Bosco wurden beim Betreten des Palais auf dem »Monte Citorio« von ihren Freunden durch Beifallskrufe begrüßt. Bei Eröffnung der Sitzung leisteten De Felice und Bosco den Eid ohne Zwischenfall. Ministerpräsident Rudini verlas die schon gemeldete Erklärung, wobei er wiederholt durch Beifallskrufe unterbrochen wurde. Besonders befallig wurde der Gruß an die Armee aufgenommen. Auch der Schluß wurde warm begrüßt. Rudini beantragte die Dringlichkeit der Kreditvorlage für Afrika und ferner, daß die Ernennung einer Kommission von neun Mitgliedern zur Prüfung der Vorlage dem Präsidenten übertragen werde. Der Vorschlag Rudini's wurde fast einstimmig angenommen. Der dem Kabinett durch die Kammer bereite Empfang war vortrefflich. Die Sitzung der Kammer wurde sodann aufgehoben und das Kabinett begab sich nach dem Senate zur Verlesung der Erklärung.

* Rom, 17. März. Wie in den Wandelgängen der Deputiertenkammer verlautet, schlägt die Regierungsvorlage, betreffend den Kredit für Afrika, einen 140 Millionen Lire nicht übersteigenden Kredit vor für die bereits gemachten und für die im Jahre 1896 für den Krieg in Afrika noch zu machenden Ausgaben vor. Es würde eine stufenweise Ausgabe von im Inlande zahlbaren Titres zu dem Zinsfuß von 4 1/2 Proz. netto gemacht werden mit der Ermächtigung, einen Theil dieser Titres, wenn es nöthig sein sollte, durch einen Theil der 5 Proz. Rente zu ersetzen aus den Fonds, welche die Darlehens- und Depositenkasse zum Zwecke der rückkaufbaren Schuld besitzt, so daß die Begebung der 4 1/2 Proz. Titres im Inlande den Zeitumständen am besten angepaßt gesehen könnte.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 17. März. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe-Langenburg, ist gestern Abend hier eingetroffen und stattete heute, der »Nordd. Allg. Ztg.« zufolge, dem Reichskanzler einen längeren Besuch ab.

* Berlin, 17. März. Der Senioren-Konvent des Reichstages beschloß, die dritte Lesung des Stats am 23. März vorzunehmen. Die Osterferien sollen am 25. d. M. beginnen und bis zum 16. April dauern.

* Berlin, 17. März. Die »Verl. Corresp.« meldet: Ein Erlass des Handelsministers vom 6. d. M. empfiehlt den zuständigen Behörden die Genehmigung zur Errichtung oder Veränderung gewerblicher Anlagen zu beschleunigen, indem die Prüfungsbeamten im unmittelbaren Verkehr mit den Bauunternehmern die Mängel der Vorlage zu beseitigen suchen.

* Berlin, 17. März. Der »Nationalzeitung« wird bestätigt, daß der Kronrath sich ausschließlich mit der Stellungnahme der Regierung zum Beschlusse der Budgetkommission des Reichstages beschäftigt, die Hälfte der den Einzelstaaten zustehenden Ueberweisungen für die Schuldentilgung zu verwenden. Finanzminister Miquel bestritt, dem Vernehmen nach, insbesondere die Zulässigkeit der Aenderung des bestehenden Finanzrechtes durch den einseitigen Beschluß des Reichstages zum Statgesetz. Die »Nationalzeitung« meint, nach dem Reichsfinanzgesetz gehören die Ueberweisungen den Einzelstaaten. Allerdings sei es bedenklich, statt die organische gesetzliche Aenderung des Standes der Dinge vorzunehmen, wie es die Regierung wiederholt vorgeschlagen, lediglich für ein oder zwei Jahre das finanzielle Verhältniß des Reiches zu den Einzelstaaten zu ändern. Die preussische Regierung theile, dem Vernehmen nach, die Auffassung des Finanzministers.

* München, 17. März. Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent hat den Landtagsabgeordneten und Gutsbesitzer Dr. Eugen Ritter v. Vuhl auf Deidesheim zum lebenslänglichen Reichsrath der Krone des Königreichs Bayern ernannt.

* München, 17. März. Die »Münch. Neuesten Nachr.« sind in der Lage, den vielfachen Gerüchten von einer Demission des Ministers des Innern, Frhrn. v. Feilitzsch, und deren Annahme durch den Prinz-Regenten ein kategorisches Dementi entgegenzusetzen.

* Straßburg, 17. März. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses beschwerte sich Abg. Ditsch über eine angeblich von der Regierung in Lothringen eingeleitete Campagne gegen die französische Sprache. Staatssekretär v. Puttkamer erwiderte, eine solche Campagne fände nicht statt, wohl aber eine Campagne gegen die deutsche Sprache, und zwar seitens der Geistlichkeit, welche nur deutschsprechenden Kindern deutscher Eltern den Religionsunterricht in französischer Sprache erteilten. Die von dem Abg. Ditsch ausgesprochene Möglichkeit, in den Elementarschulen gleichzeitig deutsch und französisch zu unterrichten, erklärte v. Puttkamer für ausgeschlossen.

* Wien, 18. März. Nach Belgrader Meldungen soll infolge der Anlehnungsfrage die Stellung des Kabinetts erschüttert sein. Sollte keinerlei günstige Entscheidung in der Regelung der Finanzfrage erfolgen, so werde der König wahrscheinlich die Demission des Kabinetts Novacicowics annehmen und ein Geschäftsministerium berufen.

* Rom, 18. März. Ein Leitartikel der »Opinione« führt aus: Die auswärtige Politik Italiens sei nunmehr keiner Diskussion unterworfen, da der Ministerwechsel darauf ohne Einfluß war. Man betrachtet in Italien jetzt den Dreibund als selbstverständlich. An der Spitze der Regierung stehe ein Mann der 1891 die Verträge erneuerte, ein Marineminister, der seine traditionelle Politik fortgesetzt hat. Der Minister des Aeußern sei ein Gelmann, der 1893 durch das Fest, das er dem Deutschen Kaiserpaare gab, selbst den König überraschte.

* Paris, 18. März. Der Minister des Aeußeren Bethelot empfing gestern Abend den russischen Botschafter Baron Mohrenheim.

* Paris, 17. März. (Kammer.) Bei der fortgesetzten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Weltausstellung, beantragt der Sozialist Bailant einen Gesetzentwurf, wonach für die Arbeiten der Ausstellung der Achtstundentag, sowie ein Mindestlohn eingeführt werden soll. Ministerpräsident Bourgeois bemerkt, man könne nicht anlässlich der Ausstellung ein Gesetzbuch der Arbeit ausarbeiten. Der Antrag wurde mit 308 gegen 150 Stimmen abgelehnt und der Gesetzentwurf über die Ausstellung mit 425 gegen 69 Stimmen angenommen.

* Brüssel, 17. März. Ein Vertreter des »Patriote« befragte den Staatssekretär des Unabhängigen Kongostaats, van Gelvelde, über die Nachricht, der zufolge der Kongostaat Frankreich eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen gegen eine etwaige Grenzüberbreitung der Derwische am oberen Nil vorgeschlagen hätte. Gelvelde erklärte, daß die Meldung durchaus der Begründung entbehre. Außer den seit langem bekannten Beständen keinerlei Verträge zwischen Frankreich und dem Unabhängigen Kongostaat.

* London, 17. März. Auf den bimetallicischen Antrag erklärte der Schatzkanzler Hirs-Beach, die Regierung sei bereit, zwecks Preishebung des Silbers mit fremden Ländern in Unterhandlungen zu treten, auch die Silberverwendung in Indien zu fördern, sei aber nicht willens, die Goldwährung aufzugeben.

* London, 17. März. Prozeß Jameson. Der Soldat Hill sagt aus: Jameson habe in Piffani in einer Ansprache an die Mannschaften vor dem Ausbruch gesagt: Es handle sich um eine Ueberraschung, er hoffe Johannesburg zu erreichen, bevor die Boers sich sammeln könnten. Wenn man aber auf Schwierigkeiten stöße, würden berittene Schützen der Kapkolonie und berittene Polizei einschreiten. Die Polizei des Betschuanalands würden sich ihnen vielleicht unterwegs gleichfalls anschließen. Sodann wurde der Brief des Johannesburg Reformkomite's, in welchem Jameson gebeten wird, den Uitlanders zu Hilfe zu kommen, verlesen. Der Soldat Coumming sagte aus, Jameson habe erklärt, die Johannesburger würden sich mit seinen Truppen vereinigen. Die weiteren Verhandlungen wurden hierauf wiederum auf eine Woche vertagt.

* Madrid, 18. März. Nach einer Meldung aus Havana nna erfocht Oberst Juchen einen Sieg über die Truppen Maceos und Vanders. Die Insurgenten wurden zerstreut. Das Gefecht war von Bedeutung, da 6000 Rebellen den Versuch machten, in Sagua einzudringen. Die Spanier schlugen die Angreifer, die einen Verlust von 22 Todten und 80 Verwundeten hatten, zurück. Die Insurgenten steckten die Vorstadt von Sagua in Brand.

Verschiedenes.

† Paris, 17. März. Die Physiker Oberst Kocha's und Dorrien haben eine Reihe von Experimenten angestellt, durch die erklärt werden soll, warum die Röntgen'schen Strahlen vom menschlichen Auge nicht wahrgenommen werden. Ihr erster Versuch bestand darin, daß sie auf eine mit schwarzem Papier umwickelte photographische Platte ein frisch ausgeschüttetes Schweinsauge legten, dessen Hornhaut sich unmittelbar vor der Crook'schen Röhre befand. Nach 20 Minuten hatte das Auge auf der Platte nur einen leichten Dunstkreis erzeugt und sich den Röntgen'schen Strahlen gegenüber wie ein undurchdringlicher Körper verhalten. Um eine Art Stala der Undurchdringlichkeit festzustellen, legten die beiden Forscher eine Scheere, eine Kristalllinse, das Stück eines Muskels von derselben Dicke, eine Hornhaut und ein ebenso dickes Holzplättchen auf die photographische Platte. Das Ergebnis war die Feststellung der Thatsache, daß die Kristalllinse und der Muskel nur um ein Weniges durchdringlicher sind, als die Stahlscheere.

Industrie, Handel und Verkehr.

New-York, den 17. März 1896, Nachmittags 5 Uhr.	
Kurs vom	
Weizen:	März 71 1/2
	April 70 3/4
	Mai 69 3/4
	Juni 69 1/2
	Juli 68 3/4
	August 69 1/2
	September 68 3/4
Mais:	März 38
	Mai 35 1/2
	Juni 36
	Juli 36 1/2
	August —
	September 37 3/4

Weizen anfangs steigend, später nachgebend, dann wieder gefestigt.

Chicago, den 17. März.	
Weizen:	März 60 3/4
	Mai 62 1/2
	Juli 62 1/2
Mais:	März 28 1/2
	Mai 29 1/2
	Juli 30 1/2

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Zu Konfirmations-Geschenken bestens empfohlen:
Die Schriften
 des
Neuen Testaments.
 Dem deutschen Volke übersetzt und erklärt
 von
D. Emil Zittel.
 Mit 4 Karten.
 Preis M. 6.— Gebunden in Leinen M. 7.50.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung, Karlsruhe.

Dieses von der gesammten kritischen Presse mit hoher Anerkennung aufgenommene Werk ist eine echt deutsche, allgemeiner verständliche, nach Luthers Beispiel im Volkston gehaltene und dabei sehr genaue Uebersetzung des ganzen Neuen Testaments nach dem durch die neuere Forschung von späteren Zusätzen streng gereinigten griechischen Grundtext. Jede Schrift ist mit einer besonderen geschichtlichen Einleitung versehen und in übersichtliche Abschnitte mit kurzen Ueberschriften eingetheilt. In den unter dem Text stehenden Anmerkungen wird alles, was einer näheren Erklärung bedarf, kurz und deutlich erläutert.
 Das Buch ist als besonders werthvolles Festgeschenk für Solche zu empfehlen, welche mit dem wirklichen Inhalt des Neuen Testaments ernstlich bekannt zu werden wünschen. Allen Geistlichen und Lehrern kann es als gediegenes wissenschaftliches Hülfsmittel und jedem Bibelleser als ein vorzügliches Andachtsbuch empfohlen werden.

Hermann Böhlau Nachfolger in Weimar.
 Noch rechtzeitig für Ostern erscheint:
Lateinisches Lesebuch
 mit Wortschatz
 von
Dr. H. Meurer.
 Erster Theil.
 Für Sexta.
 Neunte, umgearbeitete Auflage.
 Preis: 1 Mark.
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. W-352.3

Gemeinde Langenrain. Amtsgerichtsbezirk Konstanz.
Öffentliche Aufforderung
 zur Erneuerung der Einträge von Vorzugs- und Unterpfandsrechten.
 Diejenigen Personen, zu deren Gunsten Einträge von Vorzugs- oder Unterpfandsrechten länger als 30 Jahre in den Grund- oder Unterpfandsbüchern der **Gemeinde Langenrain, Amtsgerichtsbezirk Konstanz**, eingeschrieben sind, werden hiermit auf Grund des Gesetzes vom 5. Juni 1860, die Bereinigung der Unterpfandsbücher betr. (Reg.-Bl. S. 213) und des Gesetzes vom 28. Januar 1874, die Mahnungen bei diesen Bereinigungen betr. (Ges.-u. V.-Bl. S. 43), aufgefordert, die Erneuerung derselben bei dem unterfertigten Gewähr- oder Pfandgerichte unter Beobachtung der im § 20 der Vollzugsverordnung vom 31. Januar 1874 (Ges.-u. V.-Bl. S. 44) vorgeschriebenen Formen nachzuführen, falls sie noch Ansprüche auf das Fortbestehen dieser Einträge zu haben glauben, und zwar bei Vermeidung des Rechtsnachtheils, daß die innerhalb sechs Monaten nach dieser Mahnung nicht erneuerten Einträge werden gestrichen werden.
 Dabei wird bekannt gemacht, daß ein Verzeichniß der in den Büchern genannter Gemeinde seit mehr als 30 Jahren eingeschriebenen Einträge in dem Gemeindehause zur Einsicht offen liegt und daß diese öffentliche Verfindung der Mahnung als Zustellung an alle, auch die bekannten Gläubiger gilt.
 Langenrain, den 16. März 1896.
 Das Gewähr- und Pfandgericht: Der Bereinigungskommissär:
 Bürgermeister Wörz. J. Schros, Rathschreiber.

Bürgerliche Rechtsstreite.
 Radung.
 W-626.1. Nr. 1485. Mannheim. Der Fabrikarbeiter Georg Reinemuth zu Mannheim, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Köhler, klagt gegen seine Ehefrau Bertha, geb. Hüfänger, zur Zeit an unbekanntem Ort, wegen grober Berührung und Ehebruchs, mit dem Antrage auf Scheidung der zwischen den Streittheilen am 21. März 1887 zu Mannheim geschlossenen Ehe, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die IV. Civilkammer des Großherzoglichen Landgerichts zu Mannheim auf **Dienstag den 21. Mai 1896, Vormittags 10 Uhr**, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
 Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
 Mannheim, den 14. März 1896.
 Dauth, Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Aufgebot.
 W-561.2. Ettlingen. Die Ehefrau des Schlossers Sebastian Lang, Emma, geb. Deubel, und die Ehefrau des Schlossers Karl Reisenauer, Franziska, geb. Deubel, beide in Malsch wohnhaft und beide vertreten durch Schlosser Karl Reisenauer daselbst, befehlen auf der Gemarkung Malsch, Ge-

April 1896 bei dem Gerichte anzumelden und werden daher alle diejenigen, welche an die Masse als Konkursgläubiger Ansprüche machen wollen, hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche mit dem dafür verlangten Vorrechte bis zum genannten Termine entweder schriftlich einzureichen oder der Gerichtsschreiberei zu Protokoll zu geben unter Beifügung der urkundlichen Beweismittel oder einer Abschrift derselben.
 Zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist auf **Freitag den 10. April 1896, Vormittags 9 Uhr**, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 8. Mai 1896, Vormittags 9 Uhr**, vor dem Großh. Amtsgerichte Abth. III — III. Stock, Zimmer Nr. 18 — Termin anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 25. April 1896 Anzeige zu machen.
 Mannheim, den 14. März 1896.
 Gerichtsschreiber des Großh. Amtsgerichts.
 Galm.

W-580.2. Nr. 1903. Bühl. Ueber das Vermögen des Müllers Leonhard Woerner in Lauf wird heute am 14. März 1896, Vormittags 10¹/₂ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.
 Der Rechtsagent Herr Christ in Bühl wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 23. April 1896 bei dem Gerichte anzumelden.
 Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Dienstag den 31. März 1896, Vormittags 10¹/₂ Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Freitag den 1. Mai 1896, Vormittags 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.
 Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 28. März 1896 Anzeige zu machen.
 Bühl, den 14. März 1896.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 (gez.) Kaiser.

Vermögensauflösung.
 W-631. Nr. 2816. Karlsruhe. Durch Urtheil des Großh. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer IV, vom heutigen wurde die Ehefrau des Krämers Hugo Reichel, Agnes, geb. Gröning in Durmersheim, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzulösen.
 Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.
 Karlsruhe, den 24. Februar 1896.
 Der Gerichtsschreiber des Großherzogl. Landgerichts:
 Dr. Müller.

Zwangsvollstreckung.
 W-542. Karlsruhe. **Steigerungs-Aufündigung.**
Dienstag den 7. April 1896, Nachmittags 2 Uhr.
 wird in der hiesigen Leopoldschule der Bädermeister Eugen Kummel Ehefrau hier die unten erwähnte Liegenschaft der Gemarkung Karlsruhe in Folge richterlicher Verfügung einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn wenigstens der Schätzungspreis erreicht wird.
 R. H. B. XIX. 4051.
 Das in der **Hofstraße** dahier unter **Nr. 26**, einerseits neben Privatmann Karl Ober, andererseits neben Viehhändler Heinrich Erne gelegene vierstöckige **Wohnhaus** sammt aller lie-

genständlicher Zugehör, einschließlich des Grund und Bodens, taxirt zu 37000 M. Siebenunddreißig Tausend Mark. Die näheren Steigerungsbedingungen können in meinem Amtszimmer — **Amalienstraße Nr. 19** — eingesehen werden.
 Karlsruhe, den 2. März 1896.
 Großh. Notar:
 Bed.
 W-573. Redargemünd. **Steigerungs-Aufündigung.**
 In Folgerichterlicher Verfügung werden am **Freitag, 27. März 1896, Form. 10 Uhr**, im Rathhause zu Altenbach die nachbeschriebenen Liegenschaften der Barbara Bauber, ledig, von Hinterbach, öffentlich zu Eigentum versteigert.
 Der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis erreicht wird. Die übrigen Versteigerungsbedingungen können beim Unterzeichneten eingesehen werden.
 Gemarkung Altenbach.
 Lagerb. Nr. 4, Plan 2.
 15 a 75 qm Hofstätte im Ortssetzer; auf der Hofstätte stehen:
 a. Ein einstöckiges Wohnhaus, Gebäude Nr. 86, mit größtem Keller und Stallungen.
 b. Ein einstöckiges Wohnhaus mit Stallunterbau.
 c. Eine einstöckige Scheuer.
 d. Eine Schweinestallung mit Backofen.
 Das Gut grenzt an die abgeforderte Gemarkung Ziegelhausen, Heiligkreuzsteinach, Adam Hauke, Adam Höhr und Weg.
 Ferner:
 Circa 38 ha Hausgarten, Ackerland, Gehölz, Wiese, Grasrain, Wald, Geröll und Weg, beim Hause befindlich und ein Ganzes bildend, zusammen taxirt zu 25000 Pfundzwanzig Tausend Mark.
 Der ledigen Margaretha Sauer von Hinterbach steht an dem vorbezeichneten Wohnhaus b. das lebenslängliche unentgeltliche Wohnungsrecht zu.
 Redargemünd, 24. Februar 1896.
 Großh. Notar:
 Wehrauch.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.
Verfallensverfahren.
 W-577.1. Nr. 3686. Tauberhofsheim. Auf Antrag des Landwirths Jakob Faulhaber von Dinslading und Verfallensverfahren seines Sohnes Leo Faulhaber, s. Zt. an unbekanntem Ort, hat das Großherzogliche Amtsgericht zu Tauberhofsheim unter'm 4. März 1896 folgenden **Vorbescheid** erlassen:
 Der am 4. Februar 1857 in Dinslading geborene, zuletzt dortselbst wohnhaft gewesene Landwirth Leo Faulhaber ist im Jahre 1872 nach Amerika ausgewandert und hat seit dem Jahre 1875 keinerlei Nachricht von sich gegeben. Nachdem die Verfallenserklärung beantragt ist, wird derselbe hiermit aufgefordert, binnen Jahresfrist Nachricht von sich an das Großherzogliche Amtsgericht Tauberhofsheim gelangen zu lassen, widrigenfalls er für verschollen erklärt wird.
 Zugleich ergeht an alle diejenigen, welche über Leben oder Tod des Vermissten Auskunft ertheilen können, die Aufforderung, binnen Jahresfrist dem Amtsgerichte Anzeige zu erstatten.
 Tauberhofsheim, den 4. März 1896.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Wagner.

Bekanntmachung.
 W-586. Nr. 2463. Schönau. Der ledige Tagelöhner Johann Baptist Keller von Itzenhausen wurde durch Beschluß des dies. Gerichts vom 20. Februar 1896, Nr. 1918, in Gemäßheit des R. S. 513 und der §§ 621 ff. der C. P. O. für einen Verschollenen erklärt und demselben daher verboten, ohne Bewilligung eines Bestandes Vergleiche zu schließen, Anlehen aufzunehmen, abtödtliche Kapitalien zu erheben oder darüber Empfangsbelege zu geben, auch Güter zu veräußern oder zu verpfänden, sowie hierüber zu rechten.
 Schönau, den 7. März 1896.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Straub.

Erben-Anruf.
 W-592. Rheinbischofsheim. Die zur Zeit in Amerika an unbekanntem Orte abwesende Salomea Kirschmann von Vichtenau, Ehefrau des Carl Linneck, zuletzt in Newark, ist am Nachlasse ihrer in Vichtenau verstorbenen Eltern, des Andreas Kirschmann, Schuhmacher, und der Barbara Kirschmann, geborene Kirschmann, gleichmäßig miterbendigt.
 Diefelbe wird hiermit aufgefordert, innerhalb vier Wochen an den Unterzeichneten zum Zwecke des Bezugs bei der Verlassenschaftsverhandlung Nachricht von sich gelangen zu lassen.
 Rheinbischofsheim, den 14. März 1896.
 Großh. Notar:
 Durckhardt.

registrierte wurde eingetragen — Firma **Atiengesellschaft Oberheinische Bank** in Mannheim mit Zweigniederlassung dahier —
 Die dem Georg Coblenz in Mannheim ertheilte Procura ist erloschen. Eduard Matys in Karlsruhe, welcher seinen Wohnsitz nach Straßburg verlegen wird, ist zum Mitglied des Vorstandes ernannt und berechtigt, die Firma bei der Hauptniederlassung und den Zweigniederlassungen gemeinsam mit einem weiteren Zeichnungsberechtigten zu zeichnen.
 Heidelberg, den 7. März 1896.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Reichardt.

Handelsregister-Einträge.
 W-488. Nr. 2857. Stodach. Zum diesseitigen Firmenregister wurde eingetragen:
 1. Unter'm 22. Februar 1896: Zu D. 3. 190. Ernst Winter, Beiche, in Stodach; Inhaber ist Friedrich Dandler jr., Kaufmann in Stodach. Ehevertrag desselben mit Bertha von Massenbach, nach welchem die Gütergemeinschaft auf den beiderseitigen Einwurf von 100 M. beschränkt ist.
 2. Unter'm 25. Februar 1896: Zu D. 3. 192. E. Neumeister in Stodach; Inhaber ist Ernst Winter, ledig, in Stodach.
 3. Zu D. 3. 191. H. Huber in Stodach; Inhaber ist Benedikt Huber, Garrenfabrikant in Stodach, verheirathet mit Franziska Augusta Paula Schatz. Nach Art. 1 des Ehevertrags vom 27. Januar 1886 wurde allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart, welche sich auf sämmtliches Vermögen erstreckt.
 4. Zu D. 3. 192. E. Neumeister in Stodach. Inhaber ist Emil Guido Neumeister, Uhrmacher, ledig in Stodach. Unter'm 26. Februar 1896: Zu D. 3. 193. Mol-Valentin-Schatz in Stodach. Inhaber ist Franz, geb. Schatz, verheirathet mit Johann Leo Mol-Valentin in Stodach, ohne Ehevertrag, welcher Erstere zum selbständigen Handelsbetrieb ermächtigt hat.
 Zu D. 3. 194. Gebhard Lang in Zigenhausen. Inhaber der Firma ist Gebhard Lang, Maurermeister in Zigenhausen. Derselbe ist Witwer.
 Unter'm 28. Februar 1896: Zu D. 3. 94. Konrad Eberle in Zigenhausen: Die Firma ist erloschen.
 Zu D. 3. 59. Johann Manz in Zigenhausen: Die Firma ist erloschen.
 Unter'm 2. März 1896: Zu D. 3. 128. Mathäus Wagner in Mählingen: Die Firma ist erloschen.
 Unter'm 3. März 1896: Zu D. 3. 195. G. Gnädig in Mählingen: Inhaber der Firma ist Kaufmann Gustav Gnädig in Mählingen, verheirathet mit Maria Magdalena Schmid, ohne Ehevertrag.
 Zu D. 3. 100. Karl Penner in Mählingen: Die Firma ist erloschen.
 Zu D. 3. 102. J. Feucht in Eigeltingen: Die Firma ist erloschen.
 Unter'm 9. März 1896: Zu D. 3. 196. R. Bender in Stodach: Inhaber ist Kirchner August Bender Witwe, Wendelme, geb. Schreiber in Stodach. Dem Gustav Bender ist Procura ertheilt.
 Stodach, den 9. März 1896.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Dr. Drensdorfer.

Strafrechtspflege.
Bekanntmachung.
 W-490. III. B. Nr. 737/270. Freiburg i. B. Nachstehende Militärpersonen:
 1. Musketier Stephan Schwab, vom 4. Badißchen Infanterie-Regiment „Prinz Wilhelm“ Nr. 112,
 2. Referent Johann Baptist Thomas, vom 3. Badißchen Infanterie-Regiment „Prinz Wilhelm“ Nr. 112,
 3. Wehrmann Johann Baptist Moesch, ad 2-3 vom Landwehr-Bezirk Colmar in Elsaß,
 4. zur Disposition der Ersatzbehörden entlassener Fährer Eugen Kübler, vom Landwehr-Bezirk Mülhausen im Elsaß,
 5. Wehrmann Karl Bickert,
 6. Referent Andreas Frey,
 7. Referent Johann Ludwig Sonntag, ad 5-7 vom Landwehr-Bezirk Gebweiler, in Elsaß,
 sind durch das unter'm 5. März befristete kriegsrechtliche Erkenntniß vom 29. Februar 1896 in contumaciam für schuldig erklärt und zu Geldstrafen von je 160 Mark verurtheilt worden.
 Freiburg i. B., den 9. März 1896.
 Königlich. Gericht der 29. Division.

Handelsregister-Einträge.
 W-497. Nr. 12057. Heidelberg. Zu D. 3. 66 Band II des Gesellschafts-

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.